



Marburg, 29.2.2012

16.03.2012

Eingang: 29.02.2012

TOP: 7

**Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und Freien Wählern**

1.f.d.Nr.

Dringlichkeits-Antrag zur Kreistagssitzung am 16.3.2012 zum Thema Stellenabbau am Uniklinikum Gießen-Marburg

Der Kreistag ist in hohem Maße besorgt über die angekündigte Stellenstreichung am Uniklinikum Gießen- Marburg. Sollte diese Stellenkürzung Wirklichkeit werden, so bedeutet dies nicht nur einen Verlust von Arbeitsplätzen in der Region, sondern kann auch zu einer Einschränkung des medizinischen Angebotes als auch der Qualität der stationären Versorgung führen.

Der Kreisausschuss wird daher beauftragt, sich dafür einzusetzen

1. dass die Leitung des Rhön-Konzerns, insbesondere der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Pföhler, aufgefordert wird, den vorgesehenen Personalabbau von insgesamt 500 Stellen zu unterlassen. Das Klinikum braucht nicht weniger, sondern mehr Personal, vor allem im Pflege- und ärztlichen Bereich. Insbesondere soll darauf gedrungen werden, dass bis zu einer einvernehmlichen Lösung kein weiterer stillschweigender Personalabbau stattfindet, sondern Stellen, deren Verträge auslaufen, neu oder weiter besetzt werden.
2. dass das von der Landesregierung eingeleitete Mediationsverfahren konsensual hinsichtlich der Ziele der Mediation und der Verbindlichkeit von Ergebnissen geführt wird.
3. dass geprüft wird, ob und wie eine personelle Mindestausstattung an den Kliniken gesetzlich vorgesehen werden kann, um eine sichere Versorgung der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten.
4. dass für alle diejenigen Beschäftigten, die auf Grund des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Land zurückkehren, betriebsbedingte Kündigungen durch das Land vermieden werden und eine wohnortnahe Weiterbeschäftigung erfolgt.
5. dass, wenn die Rhön-Kliniken AG an einem nennenswerten Personalabbau festhält, alle Möglichkeiten einer Sicherung von Forschung, Lehre, Beschäftigung und Patientenversorgung unvoreingenommen geprüft werden.

Begründung:

Die in den letzten Tagen bekannt gewordenen Pläne der Rhön-Klinikum AG eines massiven Stellenabbaus stehen im krassen Widerspruch zu den immer wieder in den Medien gemeldeten Mängeln in der Krankenversorgung am Klinikum. Vor diesem Hintergrund braucht das Universitätsklinikum nicht weniger, sondern mehr Personal!

Auch die wirtschaftliche Argumentation der Rhönklinikum AG ist absurd: I.t. Auskunft der hessischen Landesregierung vom 06.03.2012 betrug der Jahresgewinn 2011 nach Steuern am UKGM mehr als 15 Mio Euro. Die Gesamtdividendenausschüttung betrug im Jahr 2008 36,3 Mio Euro gegenüber 51,1 Mio im Jahr 2010. Gleichzeitig konnte die Rhön-Klinik im Jahr 2008 ein Ergebnis nach Steuern von 122,6 Mio, in 2009 von 131,7 Mio, in 2010 von 145,1 Mio und in 2011 von 161 Mio Euro verbuchen. Die Aktiengesellschaft erwirtschaftet also gute, jährlich steigende Ergebnisse. Der angestrebte Personalabbau steht dazu in keinem vertretbaren Verhältnis.

Das können die Kreistagsabgeordneten als Interessenvertreter der Bevölkerung im Landkreis Marburg-Biedenkopf keinesfalls hinnehmen!

Gez. Hesse	gez. Waßmuth	gez. Laaz	gez. Reitz
SPD-Fraktion	CDU-Fraktion	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Fraktion Freie Wähler